

Zu diesem Heft

Fast 50 Tote kennzeichnen die blutige Spur, die rechtsradikale Täter in den letzten drei Jahren durch die Bundesrepublik gezogen haben. Die Täter, viele von ihnen sind Jugendliche, manche noch nicht einmal 16 Jahre alt, kommen aus allen Schichten der Bevölkerung. Und sie fühlen sich, so zeigen die ersten Vernehmungsprotokolle, von einer schweigenden Mehrheit getragen. Ihre Opfer sind in der Bundesrepublik geborene oder hier seit langer Zeit lebende Ausländer, Deutsche jüdischen Glaubens und von der Gesellschaft ausgeschlossene Obdachlose. Die Mordanschläge ergaben sich häufig spontan, ohne lange Vorbereitung und ohne unmittelbare Steuerung aus dem organisierten Rechtsradikalismus, aber die Mörder und Brandstifter sind keine Einzeltäter. Sie fühlen sich, auch das zeigen die Vernehmungsprotokolle, von einer Politik bestätigt, die sich scheinbar mit der sozialen Ausgrenzung wachsender Teile der Bevölkerung abgefunden hat und die selbst seit langem in der Bundesrepublik lebenden Ausländern elementare Bürgerrechte vorenthält.

Auf die Morde von Solingen folgten eine Welle gewalttätiger Auseinandersetzungen und eine wie im Bürgerkrieg verbarrikadierte Stadt. Es sind Szenen, die ahnen lassen, was bevorsteht, wenn den Ursachen rechtsradikaler Gewalt nicht konsequent nachgegangen und entgegengetreten wird. Gefordert ist in erster Linie die Politik. Gefordert sind aber auch die Gewerkschaften und ihre Mitglieder. Wenn das Wegbrechen der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach rechts verhindert werden soll, werden wir uns dabei nicht mit Hinweisen auf einfache, politisch leicht zu realisierende Antworten zufriedengeben dürfen. Auch der Verweis auf die in dieser Zeitschrift häufig diskutierten Gefahren einer gegenüber dem Rechtsradikalismus blinden Politik reicht nicht aus.

Wenn Solingen kein Wendepunkt sein soll, an dem der demokratische Grundkonsens der Bundesrepublik zerbricht, sind neue Antworten notwendig. Mit einem Schwerpunktheft „Deutschland nach Solingen“, das im August erscheinen wird, werden wir uns an der notwendigen Diskussion beteiligen.

Die Redaktion